



Europaparlament in Brüssel

EUROPA

CSU will EU-Beamte schröpfen

CSU-Politiker wollen die europäischen Behörden zum Sparen zwingen und dabei auch die Privilegien der Brüsseler Beamten stützen. „Der blühende Strauß an Vergünstigungen und Vorzugsbehandlungen muss spürbar zurückgeschnitten werden“, heißt es in einem Papier, das die CSU-Landesgruppe in dieser Woche auf ihrer Klausurtagung in Wildbad Kreuth verabschieden will. Die Partei bemängelt, dass den Beamten üppige Pensionszahlungen zustünden, die nur zu einem geringen Teil durch Einzahlungen in einen Pensionsfonds abgedeckt seien. Außerdem kommen laut CSU selbst Beamte in Leitungsfunktionen in den Genuss einer 37,5-Stunden-Woche sowie eines sechstägigen Sonderurlaubs für Reisen in die Heimat. Schließlich garantiere die Berechnungsmethode auch in Krisenzeiten steigende Gehälter. Eine Kappung des „Privilegiensystems“ würde beträchtliche Mittel freisetzen, heißt es in dem Papier, das vom CSU-Europapolitiker Thomas Silberhorn verfasst wurde.

KRANKENHÄUSER

Winzige Verlierer

Der Gemeinsame Bundesausschuss von Ärzten, Krankenhäusern und Krankenkassen (G-BA) hat die Mindestfallzahlen, die ab 1. Januar für die Frühchenversorgung gelten sollten, ausgesetzt. Um die Therapiequalität der winzigen Hochrisikopatienten auf internationalen Standard zu heben, hätten sie danach nur noch in Kliniken mit mindestens 30 Frühchenfällen pro Jahr behandelt werden dürfen. Kleinere Krankenhäuser hatten den Beschluss mit Klagen torpediert; für Frühchengeburten bekommen sie bis zu 100 000 Euro (SPIEGEL 44/2007). Nachdem auch immer mehr Landespolitiker „ihren“ Krankenhäusern Ausnahmegenehmigungen in Aussicht

stellten, setzte der G-BA nun die geplante Neuregelung zunächst aus. Ende Februar soll erneut verhandelt werden. Es sei ein „entsetzlicher Rückschlag“, sagt Hans-Jürgen Wirthl, Vorsitzender des Bundesverbands „Das frühgeborene Kind“. Das Sterberisiko liege bei extremen Frühchen in



Frühchen

GEHEIMDIENSTE

Mongole vor Gericht

Vor dem Berliner Kammergericht könnte bald ein Kriminalfall mit außenpolitischen Verwicklungen verhandelt werden. Seit September sitzt einer der ranghöchsten mongolischen Geheimdienstbeamten, Bat Khurts, im Londoner Wandsworth-Gefängnis – aufgrund eines 2006 von der Bundesanwaltschaft beantragten und vom Bundesgerichtshof erlassenen Haftbefehls. Khurts soll im Mai 2003 mit drei Komplizen im französischen Le Havre einen Landsmann verschleppt haben, der 1998 für die Ermordung eines prominenten Politikers der Mongolei verantwortlich gewesen sei. Die Entführer, hieß es in Polizeikreisen, hätten den 43-Jährigen mit elektrischen Schlagstöcken traktiert, betäubt und über Belgien in einem Auto in die mongolische Botschaft nach Berlin geschafft. Tage später sei er mit einer Linienmaschine nach Ulan Bator, der Hauptstadt der Mongolei, ausgeflogen worden. Die Bundesanwaltschaft ist involviert wegen der „besonderen Bedeutung des Falles“. Khurts, der zum angenommenen Tatzeitpunkt noch nicht hoher Staatsdiener war, reklamiert für sich diplomatische Immunität; er sei auf Einladung der britischen Regierung nach London gereist, um über eine Kooperation beider Geheimdienste zu verhandeln. Erste Gerichtstermine wegen der beantragten Auslieferung in die Bundesrepublik blieben ergebnislos, die Entscheidung soll möglicherweise am 5. Januar fallen.

kleineren Kliniken um 80 Prozent höher als in größeren. Verglichen mit Schweden sei die Säuglingssterblichkeit in Deutschland um ein Drittel höher, dort dürfen Frühchen nur in wenigen Zentren entbunden werden. In Zukunft soll nach dem Willen der Unionsfraktion im Bundestag der G-BA gestärkt werden, indem er ein eigenes Forschungsbudget bekommt. Rund 180 Millionen Euro, das wären gut 0,1 Prozent der jährlichen Einnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung, könnten danach an das Gremium fließen. Der G-BA entscheidet auch darüber, welche Medikamente und Behandlungsmethoden erstattungsfähig sind. „Der G-BA könnte so endlich selbst wissenschaftliche Arbeiten in Auftrag geben“, sagt Jens Spahn, gesundheitspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.